



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 03.12.2019
*öffentlich***

Ort: Stadthaus, Festsaal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:55 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Dr.med. Detlef Wend	Ausschussvorsitzender Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Heike Wießner	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Jan Döring	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Katharina Hintz	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Beate Gellert	Fraktion Hauptsache Halle
Dr. Gaby Hayne	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tobias Heinicke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Susann Holesovsky	stellv. stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss <i>Vertreterin für Frau Franke</i>
Uwe Kramer	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Anna Manser	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Christoph Starke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Nora Böhme	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Hendrik Kluge	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
René Moses	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Petra Schneutzer	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Nico Teschner	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Susanne Willers	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tatjana Privorozki	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Gäste:

Karen Leonhardt	stellv. Geschäftsführerin Freiwilligenagentur
Ralph Placke	Teamleiter Jugendarbeit

Entschuldigt fehlten:

Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Diana Franke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dagmar Deckwerth	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Jerome Deubel	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Toralf Fischer	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Tino Kleinert	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Daniel Mahler	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Annika Möbius	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Mirko Petrick	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tobias Steinicke	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Janice Windisch	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

zu **Einwohnerfragestunde**

Cornelius Damm zur Kita Lebensbaum

Herr Damm erkundigte sich, ob aktuell die Kita Lebensbaum weiterhin Bestandteil der Bedarfsplanung der Stadtverwaltung in den Kindertagesstätten in den Jahren 2020 und 2021 ist.

Frau Brederlow teilte mit, dass bei einer Zustimmung der Beschlussvorlage des Jugendhilfeausschusses und Stadtrates, die Kita weiterhin Bestandteil der Bedarfsplanung für die Jahre 2020 und 2021 ist.

Paula Bollmann zur Kita Lebensbaum

Frau Bollmann fragte, wie es zu rechtfertigen ist, dass die Eltern einen Lösungsvorschlag erhalten, der zwischen Stadtverwaltung und Träger verhandelt wurde. Sie findet es fragwürdig, weil die Eltern dem Träger mangelndes Vertrauen ausgesprochen haben. Sie erkundigte sich, warum die Eltern nicht Mitsprache berechtigt sind.

Frau Brederlow sagte, dass die geplante Elternversammlung dieses Thema behandeln wird. Die Eltern erhalten einen Lösungsvorschlag, der gemeinsam diskutiert und besprochen werden kann.

Maria Vent zum congrav new sports e.V.

Frau Vent erwähnte, dass der Verein verschiedene Freiräume für Jugendliche in Halle (Saale) schaffen möchte.

Es wurde den Ausschussmitgliedern die Sportart Bike Polo vorgestellt. Der Verein bat die Verwaltung um Unterstützung.

Frau Brederlow teilte mit, dass das Freiraumkonzept im heutigen Jugendhilfeausschuss vorgestellt und diskutiert wird. Dieses Konzept beinhaltet Themen zu Trendsportarten.

Herr Dr. Wend bat um Verständnis für die Verwaltung, dass diese Ihren Lösungsvorschlag in der Gesprächsrunde mit allen Eltern vortragen kann. Dem Jugendhilfeausschuss ist es sehr wichtig, dass die Kinder gut aufgehoben und fachlich betreut werden.

zu **Kinder und Jugendsprechstunde**

Es lagen keine Fragen zur Kinder und Jugendsprechstunde vor.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Dr. Wend eröffnete die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Frau Haupt teilte mit, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Schaffung eines Allparteilichen Konfliktmanagements - Vorlage: VII/2019/00283 bis zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Februar vertagt wird.

Herr Dr. Wend erwähnte den Dringlichkeitsantrag von Herrn Uwe Kramer.

Herr Kramer stellte den Ausschussmitgliedern seinen Dringlichkeitsantrag vor.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass **Herr Dr. Wend** um Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages bat.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Herr Schachtschneider erwähnte den TOP 5.2 Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019 Vorlage: VII/2019/00017. Er bat darum, diese Beschlussvorlage als erste Lesung zu behandeln.

Herr Dr. Wend bat die Vorstellung unter dem TOP 8.1 Bericht aktueller Stand HALLIANZ für Vielfalt vorzuziehen.

Da es keine weiteren Änderungen zur Tagesordnung gab, rief **Herr Dr. Wend** zur Abstimmung der Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 15.10 2019
- 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der

- Niederschrift vom 07.11.2019
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
 - 8.1. Bericht Aktueller Stand HALLIANZ für Vielfalt
 - 5.1. Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den Beteiligungsbericht 2018
Vorlage: VII/2019/00602
 - 5.2. Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019
Vorlage: VII/2019/00017
 - 5.2.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019" (VII/ 2019/00017)
Vorlage: VII/2019/00622
 - 5.3. Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2020 bis 31.12.2021
Vorlage: VII/2019/00199
 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Schaffung eines Allparteilichen Konfliktmanagements Vorlage: VII/2019/00283 **vertagt**
 - 6.1.1 Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Antrag VII/2019/00283 der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Schaffung eines Allparteilichen Konfliktmanagements
Vorlage: VII/2019/00621 **vertagt**
 - 6.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung einer Mehrkindfamilienkarte
Vorlage: VII/2019/00481
 - 6.3. Antrag des stimmberechtigten Mitgliedes Uwe Kramer zur Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe gemäß der Jugendhilfeplanung §§11-14, 16 SGB VIII in der Stadt Halle (Saale) – Übergangsweise Fortsetzung der Prioritätensetzung 2019 im Zeitraum 01.01.2020 – 31.03.2020
Vorlage: VII/2019/00690
 7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
 - 7.1. Anfrage des Stadtrates Dr. Detlef Wend (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) zu Zusatzkosten in Kindertageseinrichtungen
Vorlage: VII/2019/00604
 8. Mitteilungen
 - 8.2. Vorstellung aktuelles Vergabeprozedere von Kita-Plätzen des Eigenbetriebes Kita
 - 8.3. Übersicht zur Antragstellung Fördermittel
 9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
 10. Anregungen
 - 10.1. Themenspeicher

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 15.10 2019

Die Niederschrift vom 15.10.2019 wurde bestätigt.

zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 07.11.2019

Die Niederschrift vom 07.11.2019 wurde vertagt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es gab keine Bekanntgabe von gefassten Beschlüsse in der nicht öffentlichen Sitzung.

zu 8.1 Bericht Aktueller Stand HALLIANZ für Vielfalt

Frau Leonhardt und **Herr Placke** stellten den Ausschussmitgliedern den Bericht zum aktuellen Stand HALLIANZ für Vielfalt vor.

Die Präsentationen ist im Session unter dem TOP 8.1 hinterlegt.

Frau Gellert bemerkte, dass in der Präsentation ein Wechsel von verschiedenen Akteuren ersichtlich ist. Sie erkundigte sich nach dem Grund.

Frau Leonhardt teilte mit, dass laut der Ausschreibung des Bundes anzustreben ist, dass stärker Zielgruppenakteure einzubinden sind.

Frau Gellert erkundigte sich, was sogenannte Teambeauftragte sind.

Frau Leonhardt bemerkte, dass es eine Analyse gab, wobei festgestellt wurde, dass Akteure aus dem Bereich Wirtschaft bzw. Wissenschaft nicht vertreten sind. Diese fugieren als Teambeauftragte.

Frau Brederlow bemerkte, dass das Kinder- und Jugendparlament beschlossen wurde. Sie fragte, ob Vorstellungen existieren, wie mit einem künftigen Kinder- und Jugendparlament zusammen gearbeitet werden kann.

Frau Leonhardt sagte, dass dieses Thema derzeit besprochen wird.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den Beteiligungsbericht 2018 Vorlage: VII/2019/00602

Frau Brederlow führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Frau Haupt erkundigte sich zur Verfahrensweise der Beschlussvorlage.

Herr Dr. Wend betonte, dass die Ausschussmitglieder eine Verfahrensweise auswählen müssen. Es können Fragen gestellt werden und dabei muss entschieden werden, ob diese zur Genüge beantwortet wurden.

Herr Schachtschneider bemerkte den Sachverhalt des Unterhaltsvorschusses. Im Haushalt 2019 und 2020 ist eine Differenz von 500.000 Euro ersichtlich. Die Stelle eines Mehrzuschusses von 500.000 Euro ist im Jahr 2020 nicht ersichtlich.

Auf der Seite 1105 sind die Rückholquoten von 2018 mit 3,85 % erkennbar. Momentan ist eine Konstante von 13 % festzustellen. Bei einer Einstellung von 10 Stellen, müsste eine höhere Rückholquote festzustellen sein.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass die einzelnen Produkte die aufgrund von höheren Antragszahlen z.B. beim Unterhaltsvorschuss nicht dargestellt wurde. Hierbei ändern sich natürlich auch die Einnahmen und die auszahlenden Summen.

Frau Gellert fragte, ob die Mittel hinsichtlich der Familienarbeit nicht abgerufen wurden oder es dafür nicht ausreichende Anträge gab.

Frau Brederlow bemerkte, dass im Haushalt die Jahresrechnung 2018 ersichtlich ist. Dort ist die Differenz ausgewiesen.

Herr Loll fügte hinzu, dass in diesem Bereich ein massiver Fachkräftemangel vorliegt. Dadurch sind bestimmte Stellen nicht besetzt. Die Träger konnten zum Teil ihre geplanten Maßnahmen nicht durchführen und somit wurden die beabsichtigten Gelder nicht abgerufen.

Frau Gellert betonte, dass massive Bemühungen in den letzten Jahren stattfanden, um mehr Geld für diesen Bereich zu bekommen. Eine diverse Rückzahlung ist für sie unverständlich.

Herr Kramer wies auf die Transferaufwendungen im Haushaltsplan 2019 hin. Dort ist ein Ansatz für 2018 von 1,535 Millionen Euro für die Förderung Erziehung der Familie ersichtlich. Im Ergebnis vom Jahr 2018 ist eine Summe von 1,5 Millionen Euro abgerufen worden. Im Jahr 2019 sind 200.000 Euro weniger abgerufen worden. Der Unterschied dieser einzelnen Differenzen, ist aus Sicht der freien Träger nicht nachzuvollziehbar. Er wird dazu eine schriftliche Anfrage zum nächsten Jugendhilfeausschuss formulieren.

Frau Brederlow sagte, dass in diesem Jahr Mittel aus diesem Bereich zur Deckung anderer Ausgaben verwendet wurde. Sie betonte, dass es schlecht ist, wenn Mittel nicht verbraucht werden. Dieser Sachverhalt wird geprüft.

Frau Brederlow teilte mit, dass im Stellenplan der Bereich frühe Hilfen an den Fachbereich Gesundheit übertragen wurde. Dies ist ein wichtiger Grundsatz bei dieser Diskussion.

Frau Haupt erwähnte die Seite 1115 „sonstige Leistungen Kinder, Jugend- und Familienhilfe. Hinsichtlich der Personalaufwendungen bzw. Transferaufwendungen fragte sie, ob für dieses Produkt weniger Geld zur Verfügung steht. **Frau Haupt** betonte, dass in diesem Produkt die Schulsozialarbeiter ansässig sind.

Frau Brederlow sagte, dass ein Jugendhilfeausschussbeschluss im Juni 2019 gefasst wurde, der beinhaltet, dass bis zum Ende des Schuljahres die Schulsozialarbeiter in den benannten Schulen gefördert werden.

Frau Haupt bemerkte, dass weniger Geld zur Verfügung steht. Sie fragte, in welchen Bereichen es wiederzufinden ist.

Frau Brederlow sagte, dass es sich hierbei um einen pflichtigen Bereich handelt. Dort hat die Verwaltung Ermessensspielraum.

Frau Gellert fragte hinsichtlich der nicht abgerufenen Summe von 200.000 Euro, ob für 2020 nicht genügend Anträge vorliegen.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass in diesem Bereich 100.000 Euro vorliegen, der größere Anteil befindet sich im Fachbereich Gesundheit „Frühe Hilfen“. Die Antragslage wurde heute den Ausschussmitgliedern zugesandt.

Frau Wießner erwähnte die Seite 1121 „Hilfe zur Erziehung“. Sie sprach die geplante 14 Millionen Erhöhung an und wies darauf hin, dass jedes Jahr mehr Geld benötigt wird. Für die Jahre 2021 und 2022 ist die gleiche Summe geplant. Sie fragte, ob sich dieser Sachverhalt nochmal ändert.

Frau Brederlow bemerkte, dass der Bereich „Hilfe zur Erziehung“ bisher immer fortgeschrieben wurde.

Herr Kramer bemerkte zum Jahr 2018 den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz. Für 2019 ist zur dieser Leistung ein Ansatz von 907.000 Euro und für 2020 ein Ansatz von 264.000 Euro. Er sagte, dass der Mittelwert irritierend ist.

Herr Loll teilte mit, dass mit dem Änderungsantrag des Stadtrates zur zusätzlichen kommunalen Schulsozialarbeit, Gelder für 15 Stellen im Haushalt eingestellt wurden. Diese wurden anfangs unter Personalaufwendungen in den Haushalt eingestellt. Dieser Sachverhalt wird mit der Haushaltsplanung 2020 korrigiert.

Herr Kramer sagte, dass im Vergleich der Haushaltspläne 2019 und 2020 in den Ansätzen für die kommenden Jahre immer Steigerungen bemerkbar waren. Im Haushaltsplan 2020 ist dies aber nicht sichtbar. Dort ist der Ansatz immer gleichbleibend. Er bat um Erläuterung.

Frau Brederlow teilte mit, dass im Jahr 2019 die Ansätze von 2020 und Folgejahre in allen Bereichen fortgeschrieben worden.

Frau Böhme erkundigte sich, ob die demografische Entwicklung bei den Kürzungen für Bildung und Soziales berücksichtigt wurde. Sie fragte, ob es Richtwerte pro Kopf für Kinder gibt.

Frau Brederlow sagte, dass ein Beschluss im Bereich der Jugendarbeit existiert, dass Mittel angepasst werden sollen. Die demografische Entwicklung im Bereich der 14 bis 21-jährigen Jugendlichen steigt. Für diese Haushaltsplanung wurde dieser Sachverhalt nicht gesondert berechnet.

Herr Schachtschneider bemerkte die IST Zahl vom 2018 zur „Hilfe der Erziehung“ von 47 Millionen. Er fragte, wie groß die geschätzte IST Zahl im Jahr 2019 ist.

Frau Brederlow sagte, dass im Frühsommer eine Prognose erstellt wurde auf der Grundlage der dort bekannten Daten der Fallzahlen und Kosten. Diese Prognose wird weiter verfolgt.

Herr Heym nahm Bezug auf die fehlende Abrufung zur Summe von 200.000 Euro. Die Aussage der Verwaltung ist, dass diese nicht abgerufen wurde. Aus seiner Sicht, ist es notwendig konkret den Hintergrund zu benennen. Er bat die Verwaltung um Auskunft.

Frau Brederlow verwies auf die bereits zugesicherte Prüfung.

Frau Gellert bat bedachtsam zu sein, dass keine Gelder, die eigentlich in der Praxis benötigt werden, zurückgegeben werden müssen.

Herr Dr. Wend schlug vor, diese Behandlung der Beschlussvorlage als erste Lesung zu betrachten.

Die Ausschussmitglieder stimmten dem Vorschlag einer ersten Lesung zu.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2020 mit dem Haushaltsplan 2020.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2018 zur Kenntnis.

zu 5.2 Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019
Vorlage: VII/2019/00017

Frau Brederlow führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Herr Dr. Fliegner stellte das Freiraumkonzept anhand einer Präsentation vor.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Frau Haupt fragte, wo die Kosten zum Freiraumkonzept im Haushalt eingestellt sind.

Frau Brederlow teilte mit, dass die Haushaltsstelle die Kulturförderung ist.

Frau Haupt schlug vor, die Beschlussvorlage Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019 Vorlage: VII/2019/00017 zu vertagen.

Sie stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Herr Dr. Wend bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Frau Haupt.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage beigefügte Konzeption zu Freiräumen für engagierte Einwohnerinnen und Einwohner in der Stadt Halle (Saale) („Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019“).

zu 5.2.1 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019" (VII/2019/00017)**
Vorlage: VII/2019/00622

Frau Haupt führte in den Antrag ein und begründete diesen.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

2. Damit verbunden beschließt der Stadtrat einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 55T€, welcher vorbehaltlich eines genehmigten Haushaltes haushaltsneutral durch Veränderungen desselben zur Verfügung gestellt wird.

zu 5.3 **Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2020 bis 31.12.2021**
Vorlage: VII/2019/00199

Frau Erfurth, stellte die Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2020 bis 31.12.2021 anhand einer Präsentation vor.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Herr Döring wies auf den Passus zur Seite 25 in der Anlage I hin, dass neue Einrichtungen bei der Vergabe der Kitaplätze mit der Stadt Halle zusammenarbeiten sollen. 10 % der Plätze je neue Einrichtung können durch die Stadt Halle vergeben werden.

Er erkundigte sich, wie dieses Verfahren in der Praxis funktioniert und welche rechtliche Grundlage dafür vorliegt.

Frau Erfurth teilte mit, dass es dafür keine rechtliche Grundlage gibt. Es ist eine Handlungsempfehlung für Einrichtungen die sich neu Gründen.

Frau Gellert betonte, dass das Rechtsamt prüfen sollte, ob die Stadt Halle dazu berechtigt ist.

Frau Brederlow erwiderte, dass sämtliche Beschlussvorlagen die im Jugendhilfeausschuss behandelt werden, vom Rechtsamt überprüft werden. Die Trägerhoheit wird im diesen Fall nicht eingeschränkt. Es besteht ein gegenseitiger Versorgungsauftrag.

Herr Schachtschneider bekräftigte die Ansicht von Frau Gellert. In die Trägerhoheit der freien Träger sollte man nach Möglichkeit nicht eingreifen.

Frau Gellert empfahl für den Bedarfs- und Entwicklungsplan fehlende freie Kitaplätze im Bereich der Immigranten zu berücksichtigen.

Herr Dr. Wend betonte, dass er diese Problematik schon mehrmals und seit längerer Zeit angesprochen hatte.

Frau Erfurth, wies auf die Seite 20 im Bericht hin. Dort wird Bezug auf die Erhöhung in den Einrichtungen von Anzahl der Kinder mit Migrationshintergrund in dem Zeitraum 2015 bis 2019 genommen.

Frau Schneutzer sagte, dass der Bedarf da ist. Es ist aber zu beachten, dass die Eltern diese Möglichkeit überhaupt in Anspruch nehmen möchten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Dr. Wend bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt den Bedarfs- und Entwicklungsplan Kindertagesbetreuung als Teilplanung der Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII für den Zeitraum vom 01.01.2020 bis 31.12.2021. (Anlage 1)
2. Der Stadtrat beschließt die gesetzliche Förderung gemäß § 11a KiFöG der im Bedarfs- und Entwicklungsplan ausgewiesenen Kindertageseinrichtungen und stellt die Finanzierung im Haushalt 2020 und 2021 sicher. (Anlagen 2a und 2b)

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 6.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung einer Mehrkindfamilienkarte
Vorlage: VII/2019/00481**

Herr Döring führte in den Antrag ein und begründete diesen.

Herr Heym sagte, dass der Schwerpunkt der Überzeugungsarbeit in der Wirtschaft liegt. Hier müssen entsprechende Angebote in dieser Richtung vollzogen werden. Er hinterfragte den Kostenaufwand.

Herr Döring bemerkte, dass die Karte eine gewisse Verbindlichkeit schaffen soll. Der erste Schritt wäre die Einführung der Karte und danach sollte die Verwaltung mit den Unternehmen in Kontakt treten.

Herr Kramer merkte an, dass diese Karte hohes Potenzial hat. Er bestärkte seine Aussage durch mehrere Beispiele.

Herr Schachtschneider erkundigte sich, wie man hinsichtlich dieser Karte mit einer Patchwork Familie umgeht.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Dr. Wend bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Mehrkindfamilienkarte einzuführen. Diese können Familien ab drei Kindern auf Antrag erhalten.
2. **Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die eingeführte Mehrkindfamilienkarte umfassend zu bewerben und Kultur-, Sport- sowie andere Freizeiteinrichtungen davon zu überzeugen, ihre Angebote entsprechend anzupassen.**
3. **Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Stadtrat im 4. Quartal 2020 über den Stand der Umsetzung zu informieren.**

zu 6.3 **Antrag des stimmberechtigten Mitgliedes Uwe Kramer zur Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe gemäß der Jugendhilfeplanung §§11-14, 16 SGB VIII in der Stadt Halle (Saale) – Übergangsweise Fortsetzung der Prioritätensetzung 2019 im Zeitraum 01.01.2020 – 31.03.2020**
Vorlage: VII/2019/00690

Herr Kramer führte in den Antrag ein und begründete diesen.

Frau Brederlow nahm Stellung zum Antrag von Herrn Kramer.

Herr Schachtschneider bemerkte, dass die Stellungnahme der Verwaltung kurz vor der Sitzung eingestellt wurde. Dort wird auf den Sachverhalt eingegangen. In Zukunft müsste mit Verpflichtungsermächtigungen gearbeitet werden, welche aber haushaltstechnisch und rechtlich geprüft werden müssen. Er betonte, dass der Ausschuss die Meinung vertritt, weiterhin alle Projekte die in der Liste stehen mit maximaler Summe zu fördern.

Frau Gellert machte darauf aufmerksam, dass in den letzten Jahrzehnten nie bzw. kaum ein abgeschlossener Haushalt im Monat Dezember vorlag. Die Bescheide sind immer im Januar bzw. Februar versendet worden.

Frau Brederlow teilte mit, dass die Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe gemäß der Jugendhilfeplanung §§11-14, 16 SGB VIII in der Stadt Halle (Saale) – Übergangsweise Fortsetzung der Prioritätensetzung 2019 im Zeitraum 01.01.2020 – 31.03.2020 im Januar im Jugendhilfeausschuss vorgestellt wird.

Herr Kramer fragte, wie einem ehrenamtlichen Vorstand die weitere Möglichkeit einer Förderung signalisiert wird.

Frau Brederlow sagte, dass es keine Information vorliegt, ob alle derzeit geförderten Träger überhaupt einen Antrag für das Jahr 2020 gestellt haben. Es wird jeder einzelne Antrag geprüft, weil keine Pauschalisierung durchgeführt wird.

Herr Kramer fasste die Redebeiträge zusammen. Er sagte, dass im Jugendhilfeausschuss geäußert wurde, dass alle die einen vorzeitigen Maßnahmebeginn vonseiten der Verwaltung bekommen, damit rechnen können, dass eine finanzielle Förderung besteht. Dies wäre ein klares Signal an die freien Träger. Er gab bekannt, dass er aus diesem Grund seinen Antrag zurückziehen wird.

Herr Schachtschneider sagte, dass die Bereitschaft kein Geld zu streichen, bereits durch die Ausschussmitglieder signalisiert wurde.

Herr Kramer betonte, dass er dieses Signal für die freien Träger heute im Jugendhilfeausschuss bekommen wollte.

Frau Gellert wies darauf hin, wenn einer Weiterbeschäftigung zugesagt wird, ohne zu wissen wie hoch die finanzielle Förderung sein wird, drohen arbeitsrechtliche Schritte.

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt unter Haushaltsvorbehalt die Förderung der Freien Träger gem. §74 SGB VIII i.V. m. §§ 11-13, 14, 16 SGB VIII vom 01.01. bis zum 31.03.2020 in Höhe von 1.452.300,00 Euro. Die bis zum 31.12.2019 geltenden Prioritätensetzungen (Vorlagen-Nummer VI/2018/04484, VI/2019/05254, VII/2019/00248) in den jeweiligen Teilbereichen werden weitergeführt.

Sollte bis zum 31.03.2020 keine Beschlussfassung zur Förderung für 2020 vorliegen, verlängert sich die Förderung um ein weiteres Quartal.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 7.1 Anfrage des Stadtrates Dr. Detlef Wend (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) zu Zusatzkosten in Kindertageseinrichtungen Vorlage: VII/2019/00604

Herr Dr. Wend nahm die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Antwort der Verwaltung ist im Session unter dem TOP 7.1 eingestellt.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.2 Vorstellung aktuelles Vergabeprozedere von Kita-Plätzen des Eigenbetriebes Kita

Die Mitteilung wird vertagt.

zu 8.3 Übersicht zur Antragstellung Fördermittel

Die Übersicht zur Antragstellung der Fördermittel wurde zur Kenntnis genommen.

Die Übersicht ist im Session unter dem TOP 8.3 eingestellt.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Herr Schachtschneider zum Knirpsenland I und II

Herr Schachtschneider fragte, ob es zu einer Rücksprache zwischen Träger und Verwaltung hinsichtlich der Teilsanierung im Knirpsenland I und II kam. Die Sanierung war ab Dezember geplant.

Herr Frolow wies darauf hin, dass derzeit noch baurechtliche Fragen zur klären sind. Eine Information zum aktuellen Stand ist momentan nicht möglich.

zu 9.2 Herr Döring zum Bereich Hilfe zur Erziehung

Herr Döring bemerkte die sinkenden Fallzahlen im Bereich Hilfe zur Erziehung. Er fragte, im welchem Angebotsumfeld die Fallzahlen im Bereich Teilstationär, stationär gesunken sind.

Frau Brederlow sagte, dass es jedes Jahr im Bereich Hilfe zur Erziehung immer Schwankungen gibt. Eine konkrete Aussage in welchen Bereichen kann heute nicht gegeben werden.

zu 10 Anregungen

zu 10.1 Frau Wießner zum Bericht Hilfe zur Erziehung

Frau Wießner regte an, einen Bericht zur Hilfe zur Erziehung in den Themenspeicher einzuplanen.

zu 10.2 Frau Gellert zur AIDS- Hilfe Halle (Saale)

Frau Gellert regte an, einen Vortrag der AIDS- Hilfe Halle (Saale) im Themenspeicher aufzunehmen.

zu 10.1 Themenspeicher

Der Themenspeicher wurde zur Kenntnis genommen.

Da es keine weiteren Anregungen gab, beendete **Herr Dr. Wend** die öffentliche Sitzung und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Dr. Detlef Wend
Ausschussvorsitzender

René Lukas
Protokollführer